



Newsletter Hessisches Bedienstetenrecht (HBR)

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung	1
1. Änderungen des HPVG in Kraft	1
2. Neues HGIG in Kraft	1
3. Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2016?	1
II. Aktuelles aus der Rechtsprechung:	2
1. Entschädigung wegen altersdiskriminierender Besoldung	2
2. Keine Mitbestimmung bei der Stufenzuordnung im Beamtenbereich	2
III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen	3
Tarifforderung TVöD-Runde 2016 beschlossen	3
IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten	4
V. Aktuelles auf Rehmnetz	4
1. Aktuelles zum Gleichstellungsrecht	4
2. Blog zum Beamtenrecht	4
3. Archiv des HBR-Newsletters	4

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

1. Änderungen des HPVG in Kraft

Im Newsletter 6/2015, S. 2 hatten wir über die damals geplanten Änderungen des Hessischen Personalvertretungsgesetzes als Art. 10a des Dienstrechtsänderungsgesetzes (DRÄndG) berichtet. Die Änderungen sind mittlerweile veröffentlicht und seit dem 1.1.2016 in Kraft. Inhaltliche Änderungen zu diesem Bericht haben sich nicht ergeben.

Art. 10a, 18 Satz 2 Nr. 5 des Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (DRÄndG) v. 16.12.2015, GVBl. 2015, S. 594, 602, 604).

2. Neues HGIG seit dem 1.1.2016 in Kraft

Ebenfalls im Newsletter 6/2015, S. 4 hatten wir über die geplante Änderung bzw. Neufassung des HGIG informiert. Auch dieses Gesetz ist mittlerweile verabschiedet und in Kraft. Wie schon beim HPVG (Nr. 1) haben sich auch hier keine inhaltlichen Änderungen mehr ergeben. So ist es u. a. dabei geblieben, dass es seit dem 1.1.2016 eine Unvereinbarkeitsregelung zwischen dem Amt der (jetzt) Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und einem

Personalratsmandat gibt (§§ 15 Abs. 2 Satz 4; 16 Abs. 3 HGIG). Über die Auswirkungen dieser, auch mit Blick auf die Personalratswahlen 2016 zu beachtenden Neuregelungen informieren wir gesondert auf der [Wahlrechtsseite](#) auf Rehmnetz.

Hessisches Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) v. 20.12.2015, GVBl. 2015, S. 637 ff.

3. Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2016?

Geht es nach der Koalitionsvereinbarung der CDU und Bündnis90/Die Grünen in Hessen, dann wird es mit Wirkung zum 1.7.2016 eine Besoldungserhöhung im Umfang von 1% geben (Abschn. B., Nr. I, Zeilen Nr. 250 bis 254 der Koalitionsvereinbarung v. Dezember 2013). Dies würde voraussetzen, dass es im Frühjahr 2016 einen Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung und der Versorgung gibt, der rechtzeitig zum geplanten Erhöhungstermin verabschiedet ist. Zumindest aus der Tagesordnung für die Plenarsitzungen des Hessischen Landtages v. 8.3. bis 10.3.2016 ist nicht zu erkennen, dass eine entsprechende Gesetzesvorlage (von wem auch immer) erfolgt. Die letzte Besoldungserhöhung datiert v. 1.4.2014, damals im Umfang von 2,8%.



Newsletter Hessisches Bedienstetenrecht (HBR)

II. Aktuelles aus der Rechtsprechung

1. Entschädigung wegen altersdiskriminierender Besoldung

Weitestgehend ungeklärt, jedenfalls für Hessen, ist die Frage der Entschädigung für eine Besoldung, die bis einschließlich Februar 2014 auf der Grundlage einer altersdiskriminierenden Besoldungstabelle gezahlt wurde. Das BVerwG hatte bekanntlich im Oktober 2014 in einer Reihe von Fällen außerhalb Hessens eine sehr viel geringere Entschädigung zugebilligt (100,00 €) als die Differenz zwischen der Lebensaltersstufe, in der man sich tatsächlich befand und der Endstufe der jeweiligen Besoldungsgruppe. Begründet wurde dies damit, dass die Besoldungsordnung A für alle Beamtinnen und Beamte galt. Von daher war die Besoldungsordnung A insgesamt unwirksam. Vor diesem Hintergrund kann jedoch dann auf der Grundlage dieser (unwirksamen) Tabelle kein Entschädigungsanspruch errechnet werden. Die Höhe der Zuerkennung liegt damit im Ermessen des jeweiligen Gerichts. Die vor dem Hintergrund der hessischen Situation und des hessischen Rechts anstehenden Fälle sind seitens des HessVGH aktuell noch nicht entschieden.

Das VG Frankfurt a. M. hat gleichwohl in einer Entscheidung auf der Grundlage des hessischen Besoldungsrechts entschieden. Es akzeptiert, dass sich eine Entscheidung nicht aus der Differenz zwischen tatsächlicher Dienstaltersstufe und letzter Dienstaltersstufe der jeweiligen Besoldungsgruppe errechnen kann. Es setzt für eine einmalige Altersdiskriminierung 1.000,00 € an. Da die Diskriminierung im entschiedenen Fall 90 Monate (= 7 Jahre, 6 Monate) andauerte wurde ein Betrag von 9.133,55 € zuerkannt. Die 90 Monate errechnen sich aus dem Zeitraum der Diskriminierung seit dem Dienstantritt bzw. der Geltendmachung (September 2006 bis Februar 2014): $1.000,00 \text{ €} \times 90 = 9.000,00 \text{ €}$.

VG Frankfurt a. M. v. 13.11.2015,
Az.: 9 K 2555/13.F

2. BVerwG: Keine Mitbestimmung bei der Stufenzuordnung im Beamtenbereich

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat im November 2015 entschieden, dass den Personalver-

tretungen bei der ersten Festsetzung einer Stufe im Rahmen der Ersteinstellung bzw. der ersten Ernennung kein Mitbestimmungsrecht zusteht. Die Entscheidung erging auf der Grundlage des BBesG einerseits sowie des BPersVG andererseits. Sie erlangt aber darüber hinaus grundsätzliche Bedeutung



Produkttipp

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

Teilausgabe I: Personalvertretungsrecht



Online-Produkt
ISBN 978-3-7685-9505-6
€ 99,99

[\[Mehr Info\]](#)

Dies ist ein Produkt aus der neuen Online-Fachbibliothek von rehm.

Intuitive Bedienung, rechtssichere Fachinhalte, eine Suche über alle Werke

Dieser HBR-Klassiker verdeutlicht jetzt auch online die Besonderheiten des Hessischen Personalvertretungsrechts. Das Werk erläutert das HPVG sowie die WO-HPVG. Der ausführliche Kommentar zum HPVG ist mit vielfältigen Hinweisen zu Literatur und Rechtsprechung versehen und lässt die Bezüge zum BPersVG sowie zum BetrVG ebenso deutlich erkennen wie die Besonderheiten des hessischen Rechts.

Eingehend sind vor allem die Grundlagen des Personalvertretungsrechts im Dienst-, Arbeits- und Verfassungsrecht herausgearbeitet. Hier sind wie bei den sorgfältigen Erläuterungen zu den Mitbestimmungsrechten alternative Lösungsmöglichkeiten angesprochen, die auch eine Weiterentwicklung des Personalvertretungsrechts eröffnen. Dieser Teil enthält außerdem einen Kommentar zur WO-HPVG, Schaubilder und ergänzende Vorschriften.



Newsletter Hessisches Bedienstetenrecht (HBR)

für die Bundesländer und damit auch für Hessen. Die für Hessen ergangene anderslautende Rechtsprechung des VG Frankfurt a. M. bzw. des HessVGH (HessVGH v. 16.10.2014, PersR 3/2015, 47; Bestätigung der Vorinstanz: VG Frankfurt a. M. v. 16.12.2013, Az.: 22 K 2795/13 F.PV. Weiterhin: VG Frankfurt a. M. v. 10.10.2011, PersR 2012, 179 alle zum Bundesrecht – BBesG/BPersVG –) sind damit überholt.

Damit tritt auch die Situation ein, dass für den Tarifbereich das inhaltlich identische System der Mitbestimmung anerkannt wird, für den dienstrechtlichen Bereich jedoch nicht (BVerwG v. 7.3.2011, ZTR 2011, S. 385).

Letztlich ist es Sache des jeweiligen Gesetzgebers (Land und Bund) dafür zu sorgen, dass gleiche Sachverhalte auch mitbestimmungsrechtlich gleichbehandelt werden. Von daher ist die jetzt vorliegende Entscheidung kein Freibrief für die jeweiligen

Gesetzgeber und damit auch Hessen, untätig zu bleiben.

BVerwG v. 24.11.2015, Az.: 5 P 13.14 = PersR 3/2016, S. 21 ff. mit Anm. Rothländer im gleichen Heft, S. 46 ff.

III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

Tarifforderung zur TVöD-Runde 2016 beschlossen

Am 18.2.2016 hat die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst (BTKöD) der Gewerkschaft ver.di die Tarifforderung für die Tarifrunde des Jahres 2016 im Geltungsbereich des TVöD beschlossen:

- Lineare Steigerung von 6 % für Beschäftigte und
- Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 100,00 € monatlich.

Aktuell sind drei Verhandlungstermine vereinbart:

- Auftaktrunde am Montag, den 21.3.2016,
- 2. Verhandlungsrunde am Montag, den 11.4. und Dienstag, den 12.4.2016 sowie
- 3. Verhandlungsrunde am Donnerstag, den 28.4. und Freitag, den 29.4.2016.



Produktipp

v. Roetteken / Rothländer

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR Teil IV: Beamtenrecht

Die umfassende Neukommentierung!
Beamten-, Disziplinar- und Richterrecht



Loseblattwerk in 8 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9811-8
€ 289,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar zum HBR stellt neben der Gesetzgebungsgeschichte stets auch den Bezug zum Verfassungs- und Arbeitsrecht dar. Gleichzeitig enthalten die Erläuterungen umfangreiche Nachweise zu Rechtsprechung und Literatur. Außerdem werden auch neue alternative Lösungsansätze vorgestellt, um die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums in einer zeitgemäßen Weise zu modernisieren.

Das Spezialwerk mit ausführlicher Kommentierung jetzt auch als Online-Ausgabe!



ISBN 978-3-7685-9805-7
€ 209,99/Quartal für 1-3 User

[\[Mehr Info\]](#)



Produktipp

v. Roetteken

Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG



Loseblattwerk in 5 Ordnern
ISBN 978-3-7685-6602-5
€ 169,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar zum HGIG erläutert alle in Hessen geltenden Vorschriften und hilft, korrekt danach zu handeln. Mit Schnellübersicht, ausführlicher Einleitung, ergänzenden Vorschriften im Landes-, Bundes- und EU-Recht sowie Entscheidungssammlung.



Newsletter Hessisches Bedienstetenrecht (HBR)

Verhandelt wird für die rd. 2,14 Millionen Beschäftigten im Bereich des Bundes sowie von Städten, Gemeinden und Landkreisen (TVöD).

IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

März 2016:

312. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
151. Aktualisierung Teilausgabe IV
§§ 63 – 67 HBG 2014, Vorschriften

April 2016

313. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
Tarifrecht

314. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
84. Aktualisierung Teilausgabe I
§§ 62, 89, 90, 107, 109, 114 HPVG, §§ 1, 2,
4, 6, 7, 8 WO-HPVG

Mai 2016

315. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
152. Aktualisierung Teilausgabe IV
HBG Text, HBeamTVG Text, § 68 HBG,
Vorschriften

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

V. Aktuelles auf Rehmnetz

1. Aktuelles zum Gleichstellungsrecht:
[Aufruf zum Equal-Pay-Day am 19.3.2016](#)

2. Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlperger kommentiert wöchentlich die Beamtenrechtsreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamem und kritischen Auge. **Die neuesten Themen:**

[Die Amtsbezeichnung](#)

[Diabetes und gesundheitliche Eignung des Beamten](#)

[Lehrer: Finanzielle Entschädigung bei Überdeputat?](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).

3. Archiv des HBR-Newsletters

Alle bisherigen Ausgaben unseres kostenlosen HBR-Newsletters finden Sie [hier](#).

Sie möchten unseren Newsletter weiterempfehlen?

Hier kann man sich für ihn anmelden: Einfach auf

<http://www.rehmnetz.de/beamtenrecht/dienstrechtsreform/>

gehen und im Kasten „Newsletter HBR“ auf „Anmelden“ klicken.

Wenn Sie im Rehmnetz unter „**Login**“ ein eigenes Konto als Nutzer/in anlegen, finden Sie unter „**Mein Rehmnetz**“ die Rubrik „**Newsletter**“ mit einer Liste aller Infodienste, die Sie abonnieren können. Dieser Service und die Registrierung sind selbstverständlich **kostenlos** für Sie!

Impressum:

R.v.Decker, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, München & Heidelberg,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: claudia.luz@hjr-verlag.de
Tel. 0 62 21/489-146, Fax 0 62 21/489-17146

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollten ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

©2016, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg